

Wasserversorger verschulden sich neu

70 Millionen Euro für Absicherung der Cross-Border-Leasinggeschäfte - Wasserpreis steigt

STUTTGART. Die zusätzliche Absicherung der riskanten Cross-Border-Leasinggeschäfte kostet die beiden Wasserversorger im Land 70 Millionen Euro. Unterm Strich werden die umstrittenen Geschäfte einen Fehlbetrag von gut zwölf Millionen Euro bringen.

Der Rettungsplan für die prekär gewordenen Geschäfte um Cross-Border-Leasing (CBL) ist bereits geschnürt, wenn sich morgen in Stuttgart die Verwaltungsräte der Bodensee-Wasserversorgung (BWV) mit ihren Kollegen der Landeswasserversorgung (LW) treffen. Sie werden darüber entscheiden müssen, ob sie rund 70 Millionen Euro für den Erwerb von US-Staatsanleihen ausgeben wollen und damit einen Verlust aus den grenzüberschreitenden Vermietungsgeschäften in Höhe von mehr als zwölf Millionen Euro realisieren wollen. Befürchtungen, nach denen Mehrkosten von 100 Millionen Euro und mehr möglich erschienen, seien vom Tisch, hieß es.

Die Nachbesserung war nötig geworden, weil der US-Leasingpartner AIG ausgetauscht werden muss, da er von Ratingagenturen in seiner Kreditwürdigkeit herabgestuft worden war. Die neue Absicherung der hochriskanten Geschäfte soll nun mit dem Kauf von US-Staatsanleihen gelingen. Deren Erwerb war im November 2008 beschlossen worden, verzögerte sich jedoch, weil AIG nicht bereit war, aus den Verträgen auszusteigen. Dies habe sich nun geändert, heißt es aus verhandlungsnahen Kreisen. Der US-Investor, eine Tochter der First Union Bank, räumte dem Zweckverband zweimal eine Verlängerung zur Heilung der Verträge ein. Die zuletzt eingeräumte Frist läuft am 28. Februar aus.

Die Bodensee- und die Landeswasserversorgung haben 2001 und 2002 ihre gesamte Infrastruktur im Gegenwert von rund 1,5 Milliarden US-Dollar an den US-Trust der First Union Bank verkauft und zurückgemietet. Im November gaben die Verbandsversammlungen 50 Millionen Euro für den Erwerb der US-Anleihen frei. Der Kauf soll über eine Deutsche-Bank-Tochter in Luxemburg und eine Stiftung in Amsterdam steuerneutral abgewickelt werden. Da sich die US-Staatspapiere seit November verbilligt haben, müssen die Verbände nun statt für 50 für 70 Millionen Euro Staatsanleihen erwerben. Die Summe kann sich ändern, da die US-Staatsanleihen derzeit stark schwanken.

Die Zweckverbände wollen weiter aus den laufenden Verträgen aussteigen, doch dazu sei der US-Investor gegenwärtig nicht bereit, heißt es. Unter dem Strich aber werden die Vermietungsgeschäfte für die Wasserversorger zu einem echten Verlustgeschäft, das mit derzeit rund zwölf Millionen Euro zu Buche schlägt. Rund sieben Millionen Euro macht das Minus bei der BWV aus, knapp 5,5 Millionen Euro für die LW. Beide Verbände hatten 75 Millionen Euro inklusive Zinsen durch Cross-Border-Leasing eingenommen.

Die Zusatzkosten wollen die Verbände über Kredite abdecken. Außerdem wird sich der Wasserpreis für die sieben Millionen Endkunden im Land für 2009 zusätzlich zu der im November beschlossenen Verteuerung erneut um rund 0,7 Cent pro Kubikmeter erhöhen. Das Wasser wird damit zwischen 3,0 und 3,4 Cent pro Kubikmeter teurer als 2008, heißt es aus Verbandskreisen. Dem müssen die Verbandsversammlungen am nächsten Mittwoch in Esslingen noch zustimmen. Im vorigen Jahr kostete ein Kubikmeter Wasser durchschnittlich 1,84 Euro.

Die Verbandsspitze um den Stuttgarter OB Wolfgang Schuster (CDU) als Vorsitzenden lässt den Mitgliedern keine andere Wahl, als mitzumachen. „Wir haben das zusammen angefangen, wir stehen das jetzt zusammen durch“, schwört die Verbandsspitze die rund 300 Vertreter von Städten und Gemeinden auf ihre Linie ein. Die Option, den US-Investoren nichts zu bezahlen und gegen die Verträge juristisch vorzugehen, findet derzeit keine Mehrheit. „**Wir müssen vertragstreu bleiben**“, sagt Jürgen Zieger, Esslinger OB und stellvertretender Verbandsvorsitzender der Landeswasserversorgung. „**Was hier geschehen ist, tut mir sehr leid**“, sagt Zieger. „**Das würden wir nie mehr so machen.**“